

Beteiligentransparenzdokumentation

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetzes

Einbringer: **Landesregierung**

(Drucksache 7/4519)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 08. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz (ThürRiStAG) vom 14. Dezember 2018 (GVBl. S. 677) ist am 1. Januar 2019 in Kraft getreten. § 7 ThürRiStAG enthält Vorgaben für die Erstellung von Beurteilungen der Richter und Staatsanwälte, wobei die oberste Dienstbehörde nach § 7 Abs. 6 Satz 1 ThürRiStAG ermächtigt ist, die Ausgestaltung des Beurteilungswesens, insbesondere Zeitpunkte, Anlässe und Inhalte der Beurteilungen sowie Einzelheiten des Beurteilungsverfahrens, durch Rechtsverordnung zu regeln.

Mit Urteil vom 7. Juli 2021, Aktenzeichen: 2 C 2.21, entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass die grundlegenden Vorgaben für die Erstellung von dienstlichen Beurteilungen angesichts der Bedeutung von dienstlichen Beurteilungen für die allein nach Maßgabe des Artikels 33 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu treffenden Auswahlentscheidungen in Rechtsnormen geregelt werden müssen. Der Gesetzgeber hat das System - Regelbeurteilungen oder Anlassbeurteilungen - sowie die Bildung eines Gesamturteils vorzugeben. Weitere Einzelheiten, wie etwa der Rhythmus von Regelbeurteilungen, der Inhalt der zu beurteilenden Einzelmerkmale von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, der Beurteilungsmaßstab oder Vorgaben für die Vergabe der höchsten und der zweithöchsten Note als Richtwerte, können hingegen Rechtsverordnungen überlassen bleiben.

Während die übrigen grundlegenden Vorgaben der zuvor genannten bundesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung in der derzeitigen Fassung des § 7 ThürRiStAG enthalten sind, ist die Bildung eines Gesamturteils nicht geregelt. Da die Regelung dieser Vorgabe jedoch nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nunmehr zwingend dem Gesetzgeber obliegt, bedarf es einer diesbezüglichen Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetzes. In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass das Gesamturteil unter Berücksichtigung aller Einzelmerkmale gebildet wird.

B. Lösung

Erlass eines Änderungsgesetzes

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 7. Dezember 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Richter- und Staats-
anwältengesetzes"

mit der Bitte um Bratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am
15./16./17. Dezember 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Erstes Gesetz
zur Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

In § 7 Abs. 1 des Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetzes vom 14. Dezember 2018 (GVBl. S. 677) wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

"Die Beurteilung schließt mit einem Gesamturteil, das auf der Berücksichtigung aller Einzelmerkmale beruht."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Mit dem Änderungsgesetz wird das Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetz vom 14. Dezember 2018 (GVBl. S. 677) aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Juli 2021, Aktenzeichen: 2 C 2.21, geändert.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1**

Die mit dem neu eingefügten Satz vorgenommene Aufnahme der Regelung dient der Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Nach dessen vorgenannten Urteil vom 7. Juli 2021 müssen die grundlegenden Vorgaben für die Erstellung von dienstlichen Beurteilungen angesichts der Bedeutung von dienstlichen Beurteilungen für die allein nach Maßgabe des Artikels 33 Abs. 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu treffenden Auswahlentscheidungen in Rechtsnormen geregelt werden. Der Gesetzgeber hat das System - Regelbeurteilungen oder Anlassbeurteilungen - sowie die Bildung eines Gesamturteils vorzugeben. Weitere Einzelheiten, wie etwa der Rhythmus von Regelbeurteilungen, der Inhalt der zu beurteilenden Einzelmerkmale von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, der Beurteilungsmaßstab oder Vorgaben für die Vergabe der höchsten und der zweithöchsten Note als Richtwerte, können hingegen Rechtsverordnungen überlassen bleiben.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme der Regelung, dass ein Gesamturteil zu bilden ist, wird zudem klargestellt, dass das Gesamturteil unter Berücksichtigung aller Einzelmerkmale gebildet wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Bestimmung wird das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes geregelt.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Rechtsanwaltskammer Thüringen

Thüringer Richterbund

Verband der Sozialrichterinnen und Sozialrichter Thüringens

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

23. Nov. 2021

Anl. Bd. Heft

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetsellen des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetzes											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Rechtsanwaltskammer Thüringen</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Bahnhofstraße 46</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Rechtsanwaltskammer Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Bahnhofstraße 46	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Rechtsanwaltskammer Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Bahnhofstraße 46										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufsicht über Rechtsanwälte	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung des Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz vom 28.10.2021 - Az. 2000-48/2020-21-63457/2021	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail. <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG).	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.11.2021	Rechtsanwaltskammer Thüringen Körperschaft des öffentlichen Rechts Bohrschstraße 46 99084 Erfurt

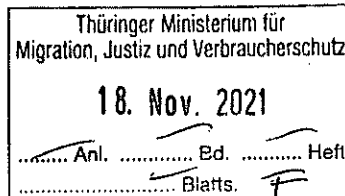
Telefon (0361) 65 48 80 - Fax 6 64 88 20
www.rak-thueringen.de
info@rak-thueringen.de



Rechtsanwaltskammer Thüringen · Bahnhofstraße 46 · 99084 Erfurt

Rechtsanwaltskammer Thüringen

**Thüringer Ministerium für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt**



Bahnhofstraße 46
99084 Erfurt

Telefon: (0361) 6 54 88-0
Telefax: (0361) 6 54 88-20

E-Mail: info@rak-thueringen.de
Internet: www.rak-thueringen.de

Vorab per Fax: 0361/573511888

Ansprechpartner

Ihr Aktenzeichen

Unser Aktenzeichen

Datum
12.11.2021

Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetzes

Sehr geehrter Herr |

in der vorbezeichneten Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 28.10.2021.

Seitens der Rechtsanwaltskammer Thüringen bestehen keine Einwände gegen die beabsichtigte Gesetzesänderung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

Hauptgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Änderung Richtergesetz

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Thüringer Richterbund

Geschäfts- oder Dienstadresse

Landgericht Erfurt

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Domplatz 37, 99084 Erfurt

Postleitzahl, Ort

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname



Geschäfts- oder Dienstadresse



Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
6/2011, 27.11.2011	

10. November 2021

Herrn Minister Dirk Adams
Thüringer Ministerium für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

z.M.V.	b.R.	AE +	AE (+)	z.Vg.	Info
THÜRINGER MINISTERIUM FÜR MIGRATION, JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ					
MINISTER					
EINGANG		15. NOV. 2021			
Nin	SS	Vz	LM	M 1	M 2
				M 3	M 4
mit der Bitte um weitere Bearbeitung					
AL 1	AL 2	AL 3	AL 4	JPA	BIMF

Stellungnahme zum Entwurf des ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Richter und Staatsanwälte im Landesdienst

Sehr geehrter Herr Minister Adams,
zum oben bezeichneten Gesetzesentwurf nimmt der Thüringer Richterbund wie folgt Stellung:

I. Problemstellungen

1. Beurteilungen als Steuerungsinstrument

Prof. Dr. Fabian Wittreck, Universität Münster, hat anlässlich des 73. Deutschen Juristentages zum Thema „Empfehlen sich Regelungen zur Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz bei der Besetzung von Richterpositionen?“ das Eingangsgutachten erstellt. Darin vertritt er in seiner 6. These die Auffassung: „Das Beurteilungs- und Beförderungswesen mitsamt den damit einhergehenden informellen Steuerungsmechanismen wird nicht allein von vielen Richterinnen und Richtern als intransparent, unfair und teilweise aleatorisch wahrgenommen, sondern ist in der Tat über weite Strecken nur eingeschränkt geeignet, den Anforderungen einer Bestenauslese iSv Art. 33 Abs. 2 GG zu genügen.“

Dieser Auffassung von Prof. Dr. Wittreck kann sich der Thüringer Richterbund nur anschließen. Sie gibt Anlass, das Beurteilungswesen einschließlich der Zuständigkeit für

Beurteilungen neu zu regeln. Es ist nach fester Überzeugung des Thüringer Richterbundes praxisfern anzunehmen, dass sämtliche Beurteilungen von Richtern und Staatsanwälten zumindest in Teilen – bewusst oder unbewusst – nicht subjektiv gefärbt sind. Insbesondere bei der Besetzung von Beförderungsstellen wird die Auswahlentscheidung durch die zugrunde liegenden Beurteilungen als den zentralen Entscheidungsgrundlagen vorgesteuert.

Die Subjektivität einer Beurteilung wird nicht dadurch kompensiert, dass es nach dem neuen Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz einen Gemeinsamen Präsidialrat und einen Richterwahlausschuss gibt. Denn der Gemeinsame Präsidialrat und der Richterwahlausschuss werden durch die der Auswahlentscheidung zugrunde liegenden Beurteilungen vor vollendete Tatsachen gestellt. Beide Gremien werden sich über dienstliche Beurteilungen nicht hinwegsetzen können. Denn sie haben keine eigenen „offiziellen“ Erkenntnisse.

Ziel eines überarbeiteten Beurteilungswesens muss es daher sein, ein valides Beurteilungssystem zur unparteiischen und sachkundigen Ermittlung und Bewertung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG als zentrale Grundlage für alle Auswahlentscheidungen in der Thüringer Justiz zu schaffen.

2. Wesentlichkeitsgrundsatz nach der Rechtsprechung des BVerwG

In den Entscheidungen vom 21.12.2020 (Az.: 2 B 63/20, Rn. 22 ff.) und 07.07.2021, (Az.: 2 C 2/21, Rn. 31 ff.) hat das BVerwG den verfassungsrechtlichen Wesentlichkeitsgrundsatz, der auf dem Rechtsstaatsprinzip und dem Demokratiegebot beruht, auch für die Erstellung von dienstlichen Beurteilungen betont. Danach muss zur Verwirklichung des grundrechtsgleichen Rechts aus Art. 33 Abs. 2 GG der Gesetzgeber die für die Erstellung von Beurteilungen wesentlichen Vorgaben selbst treffen und darf sie nicht dem Handeln und der Entscheidungsmacht der Exekutive überlassen. Wesentlich in diesem Sinne sind alle Regelungen, die für die Verwirklichung dieses Rechts erhebliche Bedeutung haben und sie besonders intensiv betreffen.

II. Lösungen

1. Wahrung des Wesentlichkeitsgrundsatzes

a) In der Entscheidung vom 21.12.2020 hat das BVerwG wegen der Wahrung des Wesentlichkeitsgrundsatzes noch beispielhaft auf §§. 54 ff. des bayerische Leistungslaufbahngesetzes verwiesen.

Dessen Art 58 (Inhalt der periodischen Beurteilung und Zwischenbeurteilung) lautet:

„(1) Der Beurteilung ist eine Beschreibung der Aufgaben, die im Beurteilungszeitraum wahrgenommen wurden, voranzustellen.

(2) Die Beurteilung hat die fachliche Leistung in Bezug auf die Funktion und im Vergleich zu den anderen Beamten und Beamtinnen derselben Besoldungsgruppe der Fachlaufbahn und, soweit gebildet, desselben fachlichen Schwerpunkts objektiv darzustellen und außerdem von Eignung und Befähigung ein zutreffendes Bild zu geben. ²Die obersten Dienstbehörden können die Vergleichsgruppe nach Satz 1 durch weitere Kriterien enger bestimmen.

(3) Zu beurteilen ist

1. die fachliche Leistung anhand der Kriterien:

- a) Quantität,
- b) Qualität,
- c) Serviceorientierung, insbesondere gegenüber dem Bürger,
- d) Zusammenarbeit mit Kollegen und Vorgesetzten, und
- e) soweit Beamte und Beamtinnen Führungsaufgaben wahrnehmen, der Führungserfolg,

2. die Eignung anhand der Kriterien:

- a) Auffassungsgabe,
- b) Einsatzbereitschaft,
- c) geistige Beweglichkeit,
- d) Entscheidungsfreude und
- e) Führungspotential,

3. die Befähigung anhand der Kriterien:

- a) Fachkenntnisse,
- b) mündliche Ausdrucksfähigkeit,
- c) schriftliche Ausdrucksfähigkeit und
- d) zielorientiertes Verhandlungsgeschick.

(4) Die periodische Beurteilung ist mit einer detaillierten Aussage zur Verwendungseignung abzuschließen. ²Sofern eine Verwendung in Führungspositionen in Betracht kommt, ist bei der Verwendungseignung eine differenzierte Aussage zur Führungsqualifikation zu treffen. ³Schließlich ist darzulegen, für welche dienstlichen Aufgaben der Beamte oder die Beamtin in Betracht kommt und welche Einschränkungen gegebenenfalls bestehen.

(5) In der periodischen Beurteilung ist eine Feststellung aufzunehmen, wenn der Beamte oder die Beamtin für

1. die Ausbildungsqualifizierung,

2. die modulare Qualifizierung

in Betracht kommt.

(6) Die nähere Ausgestaltung der Beurteilung wird durch Verwaltungsvorschriften gemäß Art. 15 BayBG geregelt. ²Dabei können die Staatsministerien und der Oberste Rechnungshof für ihren Geschäftsbereich oder Teile davon weitere oder andere Beurteilungskriterien festlegen und eine vereinfachte Dokumentation der Beurteilung zulassen. ³Die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können für ihren Bereich von Abs. 3 abweichend weitere oder andere Beurteilungskriterien festlegen.“

Das BVerwG hat zwar in der Entscheidung vom 07.07.2021 die Regelungsichte entsprechend §§ 54 ff. des bayerischen Leistungslaufbahngesetzes als nicht zwingend angesehen und ausgeführt, dass wesentlich für dienstliche Beurteilung die Entscheidung

über das Beurteilungssystem (Regelbeurteilungen oder bloße Anlassbeurteilungen, ggf. Letztere als Ausnahme der Erstgenannten) und die Vorgabe der Bildung des abschließenden Gesamturteils unter Würdigung aller Einzelmerkmale sind. Dennoch erachtet der Thüringer Richterbund die Aufnahme der wesentlichen Beurteilungskriterien zur fachlichen Leistung, zur Eignung und zur Befähigung entsprechend Art. 58 Abs. 3 des bayerischen Leistungslaufbahngesetzes in § 7 ThürRiStAG für vorzugswürdig, weil dadurch der Landtag die Begriffe der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gemäß Art. 33 Abs. 2 GG näher ausfüllt.

b) Außerdem ist in § 7 Abs. 2 ThürRiStAG nicht das Verhältnis zwischen Regelbeurteilung und Anlassbeurteilung geklärt, wie es das BVerwG in seiner Entscheidung vom 07.07.2021 für die Landesrichtergesetze fordert. Zur Klärung dieser Frage kann auf § 5 und § 6 des Entwurfs der Thüringer Verordnung zur Beurteilung von Richtern und Staatsanwälten verwiesen werden. Nach dessen § 5 sollen alle 4 Jahre Regelbeurteilungen erstellt werden, die in der Regel auch allein Grundlage des Leistungsvergleichs sind, wohingegen nach § 6 Anlassbeurteilungen nur aus den dort genannten besonderen Anlässen erstellt werden.

c) In § 7 ThürRiStAG wäre auch nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf entgegen der Rechtsprechung des BVerwG in der Entscheidung vom 07.07.2021 nicht geregelt, wie das abschließende Gesamturteil unter Würdigung aller Einzelmerkmale gebildet wird. Das erfordert nicht nur eine Regelung, dass die Beurteilung mit einem Gesamturteil schließt, wie es der Gesetzesentwurf vorsieht, sondern eine Regelung über das Verhältnis der Einzelmerkmale zum Gesamturteil. Der Gesetzgeber muss danach insbesondere regeln, wie das Verhältnis der Notenstufen der Einzelmerkmale zu den Notenstufen des Gesamturteils ist und ggf. ob bestimmte Einzelmerkmale besonders gewichtet werden und wenn ja, welche:

2. Einrichtung eines Beurteilungsrates

Um das unter I. 1. bezeichnete Problem zu lösen, muss ein solches Beurteilungssystem geschaffen werden, das eine größere Objektivität und Transparenz bei Auswahlentscheidungen gewährleistet. Dazu muss bei jedem Präsidialgericht und jeder Staatsanwaltschaft ein Beurteilungsgremium eingerichtet werden. Durch die Erstellung dienstlicher Beurteilung durch ein Beurteilungsgremium wird auch bei denjenigen Bewerbern, die am Schluss nicht ausgewählt werden, ein größeres Vertrauen in die Richtigkeit und Zuver-

lässigkeit der erstellten Beurteilung und deren Akzeptanz geschaffen. Motivationsverluste bei den unterlegenen Bewerbern werden verringert. Schließlich wird nach Überzeugung des Thüringer Richterbundes durch die Mitwirkung eines Beurteilungsgremiums bei der Erstellung der Beurteilungen auch die Anzahl der Widerspruchsverfahren und Konkurrentenklagen zurückgehen.

Die Beteiligung eines Beurteilungsgremiums bei der Erstellung der dienstlichen Beurteilungen wird das ohnehin schon viel zu lange dauernde Besetzungsverfahren nicht wesentlich verlängern. Wir gehen von höchstens 2 Monaten aus. Ein Großteil dieser Zeit wird dadurch kompensiert werden, dass es viel weniger Widerspruchs- und Konkurrentenstreitverfahren geben wird.

Dass auch der Bundesgesetzgeber der Entscheidung einer Rechtssache durch einen Spruchkörper eine größere Richtigkeitsgewähr beimisst, die bei den Rechtssuchenden die Akzeptanz der Entscheidung erhöht, zeigt sich in der Ausweitung der Spezialzuständigkeiten in § 348 ZPO, in denen die Rechtssachen grundsätzlich in 1. Instanz von der Kammer entschieden werden. Dieser Gedanke der größeren Richtigkeitsgewähr und Akzeptanz einer Entscheidung, an der mehrere Personen beteiligt sind, ist auf die Erstellung von Beurteilungen übertragbar.

Zudem wird jede Klausur in beiden juristischen Staatsexamina durch zwei Korrektoren bewertet. Nur bei dienstlichen Beurteilungen, die mindestens die Wichtigkeit einer Examenklausur haben, wird weiterhin an der antiquierten Vorstellung festgehalten, dass der Dienstvorgesetzte als Einzelner und Einziger dieselben erstellen müsse.

Vorbild für die Einführung eines Beurteilungsgremiums ist Österreich mit den Regelungen im dortigen Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz (RStDG). Dort werden die Beurteilungen von einem sogenannten Personalsenat, der bei jedem größeren Gericht eingerichtet ist, erstellt (§ 53 Abs. 2 Satz 1 RStDG). Ein Personalsenat besteht aus zwei Mitgliedern kraft Amtes (Präsident und Vizepräsident) und – je nach Größe des Gerichts – drei oder fünf durch die Richterschaft gewählten Mitgliedern (§ 36 RStDG).

Übertragen auf Deutschland heißt das, dass bei jedem Präsidialgericht und jeder Staatsanwaltschaft ein Beurteilungsrat eingerichtet wird, der grundsätzlich aus fünf von den Richterinnen und Richtern bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälten gewählten Mitgliedern besteht und der zu der von der/dem unmittelbaren Dienstvorgesetzten erstellten Beurteilung Stellung nimmt.

Wir fordern deshalb, als §§ 7a und 7b ThürRStAG Regelungen zur Errichtung von Beurteilungsräten, deren Zusammensetzung und das Verfahren aufzunehmen. Als Wortlaut schlagen wir vor:

„§ 7a Errichtung und Zusammensetzung der Beurteilungsräte

(1) Bei jedem Präsidialgericht und jeder Staatsanwaltschaft wird ein Beurteilungsrat gebildet. Er besteht grundsätzlich aus fünf gewählten richterlichen bzw. staatsanwaltlichen Mitgliedern.

Bei den Landgerichten besteht der Beurteilungsrat aus zwei Richtern des Landgerichts und drei Richtern der Amtsgerichte im jeweiligen Bezirk.

In der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit besteht der Beurteilungsrat jeweils aus zwei Richtern der Obergerichte sowie drei Richtern der nachgeordneten Gerichte.

Abweichend von Satz 2 besteht der Beurteilungsrat bei Gerichten mit nicht mehr als 20 Planstellen aus drei Richtern des jeweiligen Gerichtsbezirks.

(2) Wahlberechtigt sind sämtliche jeweils im Bezirk des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft ernannten oder für die Dauer von mindestens sechs Monaten abgeordneten bzw. mit Dienstleistungsauftrag versehenen Richter bzw. Staatsanwälte. Wählbar sind alle mindestens seit fünf Jahren auf Lebenszeit im jeweiligen Bezirk ernannte Richter bzw. Staatsanwälte, mit Ausnahme der Behördenleiter und deren Stellvertreter.

§ 7b Verfahren

(1) Der Präsident bzw. Leiter der Staatsanwaltschaft leitet dem Beurteilungsrat den Entwurf einer Beurteilung mit Gelegenheit zur Stellungnahme zu. Widerspricht der Beurteilungsrat nicht binnen einer Frist von zwei Wochen nach Zugang in Textform, gilt die Beurteilung als gebilligt.

Soweit der Beurteilungsrat innerhalb der Frist nach Satz 2 aufgrund mehrheitlicher Beschlussfassung Einwendungen vorbringt, findet binnen Monatsfrist ein Gespräch zwischen dem Beurteiler und dem Beurteilungsrat mit dem Ziel der Einigung statt. Der Beurteiler hat dem Beurteilungsrat auf dessen Anforderung sämtliche Beurteilungsgrundlagen mitzuteilen bzw. zur Verfügung zu stellen. Wird eine Einigung nicht erzielt oder findet ein Einigungsgespräch nicht statt, erstellt der Präsident bzw. Leiter der Staatsanwaltschaft die Beurteilung. Der Beurteilungsrat kann dazu eine schriftliche Stellungnahme abgeben, die Bestandteil der Akte wird.

(2) Die Tätigkeit im Beurteilungsrat gilt als Tätigkeit in der Gerichtsverwaltung im Sinne von § 4 Abs. 2 Nr. 1 Deutsches Richtergesetz. Satz 1 gilt für Staatsanwälte entsprechend. Die Sitzungen des Beurteilungsrates sind nicht öffentlich und unterliegen dem Beratungsgeheimnis.

(3) Ein Mitglied des Beurteilungsrates ist im Falle eigener Beurteilung von der Beratung ausgeschlossen. An seine Stelle tritt der nach dem Wahlergebnis an nächster Stelle aufrückende Richter bzw. Staatsanwalt im betreffenden Bezirk (§ 1 Abs. 1 Satz 3 und 4).“

Die vorgeschlagenen Regelungen halten einer verfassungsrechtlichen Prüfung in jeder Hinsicht stand.

Wir vertreten die feste Überzeugung, dass diese gesetzlichen Änderungen die längst überfällige Hinwendung zu einer modernen Gerichtsverfassung im 21. Jahrhundert darstellen und insbesondere für eine bereits programmatisch der Mitbestimmung verpflichteten rot-rot-grünen Landesregierung Ansporn und Selbstverständlichkeit sein sollten!

Abschließend beantragt der Thüringer Richterbund, diese Stellungnahme im Falle der nicht beabsichtigten Umsetzung gemäß § 2 Abs. 2 ThürRiStAG i.V.m. § 95 Abs. 4 ThürBG dem Landtag zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des ThürRiStAG											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Landessozialgericht</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Rudolfstraße</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Landessozialgericht	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolfstraße	Postleitzahl, Ort	Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Landessozialgericht									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rudolfstraße									
Postleitzahl, Ort	Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>										
<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort								
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der Sozialrichter Thüringens	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 26.11.2021	

Verband der Sozialrichterinnen und Sozialrichter Thüringens

Nur per Email

Nordhausen, 9.11.2021

Freistaat Thüringen

Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Werner-Seelenbinder-Str. 5

99096 Erfurt

Änderung des Thüringer Richter- und Staatsanwältengesetzes

Gesetzentwurf

Der Verband der Sozialrichterinnen und Sozialrichter Thüringens hat keine Einwände gegen die Ergänzung der Regelung in § 7 Abs. 1 ThürRiStaG. Sie dient der Umsetzung höchstrichterlicher Vorgaben zur normativen Grundlage des Beurteilungswesens.

An dem Erfordernis der Evaluierung wird gleichwohl festgehalten.

In Vertretung

Direktorin des SG Nordhausen

Mitglied des Vorstands

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des ThürRiStAG											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vereins der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e. V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Jenaer Str. 2a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Vereins der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Str. 2a	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Vereins der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jenaer Str. 2a									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vorschlag einer Ergänzung des Gesetzentwurfs	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zur Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit ist die vorgeschlagene Ergänzung erforderlich	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 26.11.21	

Verein der Thüringer Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen e.V.

Thüringer Verwaltungsrichterverein
c/o VG Weimar ■ Jenaer Str. 2 a ■ 99425 Weimar

Ministerium für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz
Werner-Seelenbinder-Str. 5
99096 Erfurt

Vorsitzender:

Verwaltungsgericht Weimar
Jenaer Straße 2 a
99425 Weimar

15. November 2021

- nur per Mail -

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Richter und Staatsanwälte im Landesdienst

Sehr geehrter Herr,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung
gemäß §§ 2 Abs. 2 ThürRiStAG, 95 ThürBG.

1. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Änderung beschränkt sich auf die Umsetzung der Mindestanforderungen, die das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 7. Juli 2021 (2 C 2/21, dort Juris- Rdnr. 34) für die gesetzliche Grundlage zu einer Beurteilungsverordnung der Beamtinnen und Beamten erforderlich hält. Die gewählte Formulierung folgt ersichtlich § 49 Abs. 2 Satz 2 ThürLaufbG.
2. Für den hier vorliegenden Fall einer gesetzlichen Grundlage für eine Beurteilungsverordnung der Richterinnen und Richter – zu der eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts noch nicht vorliegt – bedarf es allerdings einer weiteren Regelung im Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz. Der Gesetzentwurf ist deshalb zu ergänzen, indem in § 7 Abs. 1 ThürRiStAG folgender weiterer Satz eingefügt wird:

„Zuständig für die Erstellung der Regelbeurteilung ist der unmittelbare Dienstvorgesetzte.“

- 2.1. Das Bundesverwaltungsgericht führt in dem genannten Urteil weiter aus (a.a.O., Juris-Rdnr. 35), dass der Gesetzgeber nicht gehindert ist, im Gesetz unmittelbar mehr zu regeln als die beiden wesentlichen Aspekte, also das Beurteilungssystem und die Vorgabe der Bildung des Gesamturteils. Hierzu verweist das Gericht auf die vorbildlichen Regelungen in Art. 54 ff. Landeslaufbahngesetz Bayern (so bereits Beschluss vom 21. Dezember 2020, 2 B 63/20, Juris-Rdnr. 23). Das Lan-
-

des Laufbahngesetz enthält in Art. 60 BayLbG auch eine Regelung zur Zuständigkeit für die Beurteilung.

Eine solche weitere Regelung zur Zuständigkeit mag im Bereich der Beamtinnen und Beamten nicht zwingend erforderlich sein. Für den Bereich der Richterinnen und Richter gilt wegen des Grundsatzes der Gewaltenteilung und zur Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit etwas anderes.

- 2.2. Es ist unstreitig, dass die Kompetenz zur Erstellung einer richterlichen Beurteilung Teil der Dienstaufsicht ist, die für die Verwaltungsgerichtsbarkeit bundesgesetzlich in § 38 VwGO geregelt ist. Dort ist festgelegt, dass die Dienstaufsicht dem richterlichen Dienstvorgesetzten vorbehalten ist. Dadurch wird sichergestellt, dass eine Beurteilung der richterlichen Tätigkeit ausschließlich in den Händen einer anderen Richterin oder eines anderen Richters liegt. Die Unabhängigkeitsgarantie steht dem Ob einer Beurteilung nicht entgegen. Aber ebenso wie der Ausübung der grundsätzlich zulässigen Dienstaufsicht über Richterinnen und Richter Grenzen durch die Unabhängigkeitsgarantie gesetzt sind, kann auch in der konkreten Ausgestaltung des Beurteilungsverfahrens ein Unabhängigkeitsverstoß liegen.

§ 38 VwGO trägt ausdrücklich dem Umstand Rechnung, dass dienstliche Beurteilungen von Richterinnen und Richtern immer in ein Spannungsverhältnis zur richterlichen Unabhängigkeit treten und diese latent bedrohen, was gerade auch in der Bestimmung des § 7 Abs. 1 Satz 2 ThürRiStAG zum Ausdruck gebracht wird. Bei der oder dem richterlichen Dienstvorgesetzten der Richterin oder des Richters bietet die mit der Rechtsstellung verbundene dienstrechtliche Verantwortlichkeit die Gewähr, dass das angesprochene Risiko der Kollision mit der richterlichen Unabhängigkeit in vertretbarem Rahmen gehalten werden kann.

Eine Beurteilung richterlicher Tätigkeit durch einen richterlichen Beurteiler ist deshalb durch die genannte gesetzliche Regelung ausdrücklich sicherzustellen.

- 2.3. Wie Ihnen bekannt ist, wird die hier vertretene Position auch von dem Landesrichter- und Staatsanwaltsrat, allen Verbänden der Thüringer Richterinnen und Richter und allen Präsidentinnen und Präsidenten der Obergerichte geteilt.

Abschließend beantragen wir, unsere Stellungnahme dem Thüringer Landtag zuzuleiten (§§ 2 Abs. 2 ThürRiStAG, 95 Abs. 4 ThürBG).

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)